

Aktuelle Vorhaben: Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens Lückenschluss Beamtenbesoldung

Die große Koalition packt die großen Themen für Berlin an und hat in den vergangenen Monaten über die Finanzierung von Aufgaben durch ein Sondervermögen und über den Lückenschluss bei der Beamtenbesoldung gesprochen.

Nun geben der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh und der CDU-Fraktionsvorsitzende Florian Graf den Startschuss für diese Vorhaben.

Sondervermögen „Infratraktur der Wachsenden Stadt (SIWA ErrichtungsG)“

<p>Das Wachstum Berlins bringt steigende Einnahmen, aber auch wachsende Herausforderungen mit sich. Bei höheren Einwohnerzahlen steigen die Anforderungen an die städtische Infrastruktur. Deshalb wird die große Koalition nach der Sommerpause ein Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens wachsende Stadt („Wachstumsfonds“) beschließen.</p>		
<p>Das Sondervermögen wird durch Haushaltsüberschüsse aus den Jahresabschlüssen verwendet. Zu 50 Prozent werden damit weitere Schulden getilgt, zu 50 Prozent wird damit der Wachstumsfonds gespeist.</p>	<p>Das Sondervermögen wachsende Stadt wird investiv die Sanierung und den bedarfsgerechten Ausbau der Berliner Infrastruktur finanzieren.</p>	<p>Das Sondervermögen wachsende Stadt ersetzt nicht bestehende Finanzierungswege sondern ergänzt und verstärkt diese. Es geht nicht um eine andere Form der Infrastrukturfinanzierung sondern um die Finanzierung von mehr Infrastruktur.</p>

Lückenschluss Beamtenbesoldung

<p>Die große Koalition in Berlin will den Abstand zwischen der Beamtenbesoldung in Berlin und der Besoldung in den anderen Ländern schließen. Im Plenum am 03. Juli 2014 wird die große Koalition einen Änderungsantrag zum Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2014/2015 und zur Änderung weiterer besoldungsrechtlicher Vorschriften beschließen, der die Besoldung um jeweils 0,5 Prozent mehr als für 2014/15 bisher geplant erhöht.</p>		
<p>2014 wird die Besoldung um 3 Prozent erhöht.</p>	<p>2015 wird die Besoldung um 3,2 Prozent erhöht.</p>	<p>Beschlossen wird ebenfalls, dass künftige Besoldungserhöhungen in Berlin pro Jahr 0,5 Prozent über den Besoldungserhöhungen der anderen Bundesländer erfolgen soll, um so schrittweise den Lückenschluss zu schaffen.</p>

Berlin, 02. Juli 2014